

Beilage 2413

Antrag

Betreff:

Bau einer Drahtseilbahn von Tegernsee auf die Neureuth

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, der zu bildenden Aktiengesellschaft die Erlaubnis zur Erbauung einer Drahtseilbahn von Tegernsee auf die Neureuth zu erteilen.

Da hier auch ein Naturschutzgebiet in Frage kommt, wird außerdem Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung gemäß § 16 des Naturschutzgesetzes gestellt.

München, den 28. Februar 1952

Helmerich (CSU)

Beilage 2414

Antrag

Betreff:

Bereitstellung von Haushaltsmitteln zum Wiederaufbau des Würzburger Domes u. a.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Haushaltsjahr 1952 Mittel zur Fortführung und zum Abschluß des Wiederaufbaues des Würzburger Doms, der Michaelskirche und der Pfarrkirche Stift Haug in Würzburg bereitzustellen, um diese wertvollen und unersetzlichen Zeugen fränkischer Kultur vor dem drohenden Verfall zu retten.

München, den 28. Februar 1952

Greib (CSU)

Beilage 2415

Antrag

Betreff:

Bekämpfung der Schwarzarbeit

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge wird ersucht, die bei den Arbeitsämtern bestehenden Ausschüsse zur

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemäß einem Vorschlag des Bundesarbeitsministeriums so zu gestalten, daß sie gleichzeitig auch wirkungsvoll gegen die Schwarzarbeit tätig werden können.

München, den 28. Februar 1952

Dr. Lippert (BP)

Beilage 2416

Interpellation

Betreff:

Verteilung von Impfstoff im Bundesgebiet

Nach einer zuverlässigen Mitteilung wurde das Land Niedersachsen auf Grund eines alten Vertrages bevorzugt mit Impfstoff versorgt und hat größere Mengen Vaccine erhalten, als ihm auf Grund eines Aufteilungsschlüssels beim Bundesernährungsministerium zugestanden wären. Das stellt nicht nur eine Benachteiligung der übrigen Länder, besonders Bayerns, dar, sondern verstößt auch gegen die bisherigen Angaben des Bundesernährungsministeriums, wonach der Impfstoff gleichmäßig auf Grund der Viehzahl an die Länder verteilt wird.

Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um diese Benachteiligung Bayerns abzustellen?

München, den 4. März 1952

Eberhard, Haisch
und Fraktion (CSU)

Beilage 2417

Interpellation

Betreff:

Deutscher Wehrbeitrag und gesamtdeutsche Wahlen

Nach Artikel 47 Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Bayern bestimmt der Ministerpräsident die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung gegenüber dem Landtag.

Ist der Herr Ministerpräsident in der Lage, mit Rücksicht auf seine verfassungsmäßig verankerte Verantwortung vor dem Bayerischen Landtag dem Bayerischen Landtag Aufklärung zu geben über die Haltung der bayerischen Staatsregierung

- a) in der Frage der Wiederaufrüstung Westdeutschlands,
- b) in der Frage der gesamtdeutschen Wahlen und der Vorbereitungen für eine deutsche Nationalversammlung?

München, den 10. März 1952

Dr. Baumgartner
und Fraktion (BP)